



# CDU **Verband** **Brüssel-Belgien asbl**

## Informationen aus dem Vorstand

Verehrte Mitglieder,

Heute eine Sonderausgabe aus Anlass von 60 Jahren Bundesrepublik Deutschland.

Mit den besten Grüßen

### Wahlparty am 7. Juni



Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten im Europäischen Parlament  
Group of the European People's Party (Christian Democrats) and European Democrats in the European Parliament  
Groupe du Parti Populaire Européen (Démocrates-Chrétiens) et Démocrates Européens au Parlement européen

Leiter des Pressedienstes - Head of the Press Service - Chef du service de Presse

Brüssel, 25 Mai 2009

An die Mitglieder des CDU-Verbands Brüssel-Belgien

### **EVP-Wahlabend im Europäischen Parlament, Brüssel**

#### **Gemeinsame Einladung der Europäischen Volkspartei (EVP) und der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament**

Sehr geehrter Herr Richter,  
liebe Mitglieder des CDU-Auslandsverbands,

*der Vorsitzende der Europäischen Volkspartei, Wilfried Martens, und der Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Joseph Daul, möchten Sie sehr herzlich einladen zum **Brüsseler EVP-Wahlabend am 7. Juni 2009 von 20 Uhr bis 02 Uhr im Europäischen Parlament, Saal PHS 3 C 050.***

Sie werden dort die Möglichkeit haben, den Wahlausgang mit Politikern, Experten und Sympathisanten zu diskutieren. Die Veranstaltung wird zudem vom Webfernsehen der EVP-Fraktion übertragen, mit einem besonderen Schwerpunkt auf den Ergebnissen und den politischen Entwicklungen in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten.

Besuchen Sie uns, die einflussreichste europäische Parteienfamilie, bei diesem besonderen Ereignis.

Um Antwort per E-Mail wird gebeten an:  
[anna.berger@europarl.europa.eu](mailto:anna.berger@europarl.europa.eu)

Aus organisatorischen und aus Sicherheitsgründen bitten wir um eine formelle Anmeldung und wären deshalb für eine entsprechende Antwort dankbar.

Mit freundlichen Grüßen,

Robert A. Fitzhenry  
Leiter der EVP Presse- und Kommunikationsabteilung

### Bundespräsidentenwahl

Wir freuen uns, dass es möglich war, bereits im ersten Wahlgang den bisherigen Amtsinhaber, Herrn Prof. Horst Köhler, für eine weitere Amtszeit bestätigen zu können. Er hat nicht nur das Vertrauen der absoluten Mehrheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Dies war auch ein Beweis, dass gerade in Zeiten von Neuorientierungen und gewissen Unsicherheiten eine erfolgreiche Amtsführung Ihren Niederschlag im Wahlergebnis gefunden hat. Darüber hinaus hat das bürgerliche Lager deutlich gemacht, dass wir geschlossen handeln können.

### Gemeinsamer Wahlauf Ruf von CDU und CSU

Vor wenigen Tagen haben CDU und CSU folgenden gemeinsamen Wahlauf Ruf zu der am 7. Juni stattfindenden Wahl zum Europäischen Parlament veröffentlicht. Mit Genugtuung verfolgen wir, dass erste Anzeichen dafür zu sprechen scheinen, dass sich wohl etwas mehr Wählerinnen und Wähler für die Briefwahl entschieden haben, was sich dann hoffentlich auch in einer entsprechenden Wahlbeteiligung am Wahltag selbst niederschlägt.

### **Für eine starke Stimme in Europa**

Gemeinsamer Wahlauf Ruf von CDU und CSU  
zur Europawahl am 7. Juni 2009

Das vereinte Europa bietet seinen Bürgern alle Möglichkeiten, ihre Zukunftschancen zu verwirklichen und ihr Leben in Frieden und Freiheit zu führen. Die Bürger entscheiden mit ihrer Stimme bei der Europawahl darüber, welchen Weg die EU in Zukunft gehen wird.

Wir, CDU und CSU, wollen ein starkes und bürgernahes Europa. Wir stehen für den Weg aus der Krise, weil gemeinsames europäisches Handeln international erfolgreicher ist. Wir stehen für die Soziale Marktwirtschaft, deren Regeln international Geltung haben. Wir stehen für kluge nationale und europäische Interessenwahrnehmung. Und wir stehen für eine handlungsfähige EU.



# **CDU** **Verband** **Brüssel-Belgien asbl**

## **Informationen aus dem Vorstand**

Das Europäische Parlament ist zu einer entscheidenden Institution geworden. Die richtige Wahlentscheidung bei der Europawahl ist umso wichtiger. Wir rufen die Bürger in Deutschland auf, am 7. Juni 2009 ihre Stimme der CDU und CSU zu geben: für ein Europa mit größerem internationalen Gewicht, für Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze, für eine stabile Währung und für Sicherheit in Europa!

### **1. Für ein Europa mit Wirtschaftswachstum, Arbeitsplätzen und sozialer Sicherheit**

Eine starke Europäische Union ist die beste Voraussetzung für Wachstum, die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen sowie für soziale Sicherheit in unserem Land. Die Soziale Marktwirtschaft, die wir in Europa und auch international verankern wollen, ist das beste Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, um diese Ziele zu erreichen und damit unsere Zukunft zu sichern. Sie ist die erfolgreiche und menschliche Antwort auf die gescheiterten Systeme der sozialistischen Planwirtschaft und des ungezügelten Kapitalismus.

Wir wollen im EU-Binnenmarkt Wettbewerb und Verbraucherschutz garantieren und überflüssige Bürokratie beseitigen. Es bleibt eine ständige Aufgabe in der EU, Bürokratie zu vermeiden.

Der Bürokratieabbau muss entschieden fortgesetzt werden. Die Industrie, kleine und mittlere Unternehmen, landwirtschaftliche Betriebe, die Freien Berufe und das Handwerk müssen von unnötigen Regulierungen entlastet werden. Gerade in der aktuellen Krise darf es keine zusätzlichen Belastungen für die Wirtschaft geben, die Arbeitsplätze gefährden.

Die EU garantiert gemeinsame soziale Grundstandards, die die Rechte und den notwendigen Schutz der Arbeitnehmer gewährleisten. Eine vollständige Harmonisierung der Sozialpolitik lehnen wir jedoch ab, denn einheitliche Sozialstandards der EU würden das hohe Niveau der deutschen sozialen Sicherungssysteme gefährden und den deutschen Bürgern damit schaden.

Ein moderner Wirtschaftsraum braucht eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Landwirtschaft und einen starken ländlichen Raum. Wir wollen einen Zukunftspakt auch für die bäuerliche Landwirtschaft, die insbesondere den Familienbetrieben eine langfristige Perspektive bietet.

### **2. Für ein starkes Europa in der Welt**

Die Globalisierung eröffnet vielen Menschen die Chance auf wachsenden Wohlstand. Als Exportweltmeister hat Deutschland von der Globalisierung profitiert. Die internationale Finanzmarkt und Wirtschaftskrise zeigt aber, dass die Globalisierung geregelt werden muss. CDU und CSU wollen daher einen gerechten Ordnungsrahmen für die globalisierte Wirtschaft. Den eingeschlagenen Weg des G20-Gipfels von London werden wir weitergehen. Wir brauchen eine Charta für nachhaltiges Wirtschaften und eine europaweite Verschärfung der Aufsichtsregeln für alle Finanzdienstleister.

Wir streben eine langfristige Energiepolitik der Europäischen Union an, die den Einfluss der EU auf den globalen Energiemärkten erhöht. Wir stehen für einen ausgewogenen Energiemix, der eine saubere, sichere und bezahlbare Energieversorgung gewährleistet. Um unsere Interessen in der Welt des 21. Jahrhunderts erfolgreich vertreten zu können, brauchen wir eine starke, handlungsfähige Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Sie muss auf einer gemeinsamen Sicherheitsstrategie fußen, den Hohen Beauftragten für Außenpolitik stärken sowie die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik einschließlich einer Beistandsverpflichtung ergänzend zur transatlantischen Partnerschaft ausbauen.

Europa nimmt beim Klimaschutz, der nur gemeinsam erreicht werden kann, eine Vorreiterrolle ein. Das EU-Klimaschutzprogramm ist maßgeblich von der Union gestaltet worden. Deutschland wird weiterhin einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung des globalen Klimawandels leisten. Eine einseitige Belastung einiger weniger EU-Staaten darf es nicht geben.

### **3. Für einen stabilen Euro**

Eine stabile Währung ist Voraussetzung für eine starke Wirtschaft und stabile politische Verhältnisse. CDU und CSU haben gegen viele Widerstände in Europa die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank und den Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt durchgesetzt. Wir werden diese Grundlagen für Stabilität und Wachstum gegen sozialistische Aufweichungsversuche verteidigen. Wir stehen für ein Europa der Haushaltsdisziplin und der Beitragsgerechtigkeit. EU-Steuern lehnen wir ab.

### **4. Für ein Europa der Werte und der Bürger**

Wir wollen ein Europa, das sich zu seinen christlich-abendländischen Wurzeln und den Ideen der Aufklärung bekennt und aus ihnen lebt. Wir halten an unserem Ziel fest, dieses Werteverständnis auch mit einem Gottesbezug in den EU-Verträgen deutlich zu machen.

Die EU muss die Identität der Nationen mit ihren Regionen und Kommunen achten. Die kulturelle und sprachliche Vielfalt bereichert Europa. Wir setzen uns daher für die Stärkung der deutschen Sprache in Europa ein. Die in der Europäischen Union geltende Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit ist ein Schritt hin zur Verwirklichung des Rechts auf die Heimat auch der deutschen Vertriebenen – in einem Europa, in dem die Völker und Volksgruppen einträchtig und ohne rechtliche Diskriminierungen auch aus der Vergangenheit zusammenleben können. Vertreibungen jeder Art müssen international geächtet und verletzte Rechte anerkannt werden.

Das Bürgervotum bei der Wahl des Europäischen Parlaments muss sich in der Wahl des Präsidenten der Europäischen Kommission und bei der Auswahl des deutschen Kommissars widerspiegeln.

Gemäß dem Subsidiaritätsprinzip müssen jene Aufgaben nah bei den Menschen erledigt werden, die von den Mitgliedstaaten mit ihren Regionen und Kommunen genauso gut oder besser als auf europäischer Ebene erfüllt werden können. Im Binnenmarkt brauchen wir aber weniger detaillierte Regelungen und mehr Freiraum. Wir treten für den Erhalt und die Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge ein. Bei künftigen EU-Vertragsänderungen wollen wir überprüfen, ob Kompetenzen von der europäischen Ebene auf die Nationalstaaten zurückverlagert werden können.

### **5. Für eine Konsolidierungsphase der EU**

Die bisherigen EU-Erweiterungen waren ein Erfolg und im Interesse Deutschlands und Europas. Nun wollen wir eine Konsolidierungsphase im EU-Erweiterungsprozess, um die Identität und die Institutionen der EU zu festigen. Für Staaten mit einer europäischen Beitrittsperspektive gilt, dass für die Aufnahme neuer Mitglieder in die Europäische Union das Kriterium der Aufnahmebereitschaft der EU ebenso wichtig ist, wie die vollständige Erfüllung aller politischen und wirtschaftlichen Kriterien durch die Bewerberländer, zu denen insbesondere die Meinungsfreiheit, die Gleichheit von Frau und Mann, der Minderheitenschutz oder die Religionsfreiheit zählen. Die Türkei erfüllt die Voraussetzungen nicht. Wir halten eine Privilegierte Partnerschaft anstelle einer Vollmitgliedschaft der Türkei mit der EU für die richtige Lösung.

Für die europäischen Nachbarn der EU, die nicht oder noch nicht Vollmitglied werden können, brauchen wir eigene Formen der



# CDU **Verband** **Brüssel-Belgien asbl**

## Informationen aus dem Vorstand

Zusammenarbeit wie die „östliche Partnerschaft“. Für nicht-europäische Nachbarn brauchen wir im Rahmen der EU-Nachbarschaftspolitik maßgeschneiderte Partnerschaftsabkommen ohne Beitrittsperspektive.

### 6. Für ein Europa der Freiheit und Sicherheit

Das Europa der Freiheit muss einhergehen mit mehr Sicherheit. Die Innere und Äußere Sicherheit sind immer enger miteinander verwoben. Es liegt im Interesse der Europäer und ihrer Nachbarn, höchste gemeinsame Standards in der Zusammenarbeit von Polizei und Justiz zu erreichen, um erfolgreich Menschenhandel, Schmuggel, illegale Einwanderung oder grenzüberschreitende Kriminalität zu bekämpfen. Wir wollen gleichzeitig einen umfassenden Datenschutz garantieren.

Wir wollen die Integration der Menschen fördern, die zu uns gekommen sind, damit sie die Chancen unserer Gesellschaft zu unser aller Nutzen ergreifen können. Für diejenigen, die sich nicht rechtmäßig bei uns aufhalten, muss grundsätzlich die Rückkehrpflicht gelten. Für Menschen, die unseren Arbeitsmarkt bereichern, wollen wir attraktive Rahmenbedingungen schaffen. Die Kompetenz über Entscheidungen, die den nationalen Arbeitsmarkt betreffen, muss jedoch bei den Mitgliedstaaten verbleiben.

### Gedanken zu 60 Jahren Bundesrepublik Deutschland

Viele von Ihnen haben sicher die Berichterstattung zu 60 Jahren Bundesrepublik Deutschland verfolgt. Hierzu gab es sehr gute Fernsehberichte mit interessanten Rückblicken. Aber auch Hörfunkreportagen und umfangreiche Zeitungsbeilagen in den großen deutschen Tageszeitungen waren zu finden. Daneben haben etliche Meinungsumfragen das Gefühl der Mitbürgerinnen und Mitbürger zu ergründen versucht. Viele (Politik-)Wissenschaftler und führende Politiker haben sich in Beiträgen zum Zustand der Nation geäußert.

Ich darf mit Ihnen zu all diesen Analysen folgende persönliche Eindrücke teilen.

Die Bevölkerung hat in der jüngeren Vergangenheit nahezu geräuschlos ein neues Verhältnis zu Deutschland, Nationalflagge und Hymne gefunden. Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik zu einigen Entwicklungen lässt einen allerdings oft ratlos zurück.

So beklagt Herr Prof. Papier die überbordende Regelungskompetenz von Regierungsvertretern in der EU über den Rat, erwähnt aber mit keinem

Wort, dass in der "Großbaustelle Bundesstaat" das Parlament dringend Mechanismen entwerfen müsste, um die gewollte parlamentarische Kontrolle faktisch auszuführen. Er spricht sich für eine Neuregelung der Kompetenzen von EU und der Bundesebene aus, sieht aber gleichzeitig *zu Recht* die Gefahr des "Normenwirrwarrs". Er ist für eine "Reföderalisierung" und einer Entflechtung der Konsensdemokratie, nennt aber als Auswege nur mehr Persönlichkeitswahlen und moderate Verlängerungen der Wahlperioden, aber nicht eine zeitliche Begrenzung von Mandaten.

Frau Zypries legt ihre Gedanken zur "Toleranz dank 1968" dar, um sogleich die Aufnahme des Datenschutzes ins Grundgesetz zu fordern während Sie die Änderungen der Artikel 16a und 13 für fragwürdig deklariert. Den besonderen Schutz der Familie wünscht Sie auf eingetragene Partnerschaften auszuweiten, lässt aber die häufig wichtigere Frage offen, was dies für Verwandte oder gar Kinder solcher Verhältnisse bedeuten sollte. Man fragt sich generell was denn – auch im Lichte der neuesten Erkenntnisse zum Tode von Benno Ohnesorg – so wirklich von der 68iger Zeit übrig geblieben ist.

Und dann verwundert es vermutlich auch nicht mehr, wenn Herr Özdemir unter dem Titel "Patriot durch Anerkennung", die USA als leuchtendes Beispiel einer gelungenen Einwandererintegration nennend, fordert, dass der "andere in Deutschland *zuerst* als (potentieller) Staatsbürger wahrgenommen werden" müsse. Aber die Integration in eine Leitkultur ist für ihn der falsche Weg, weil laut ihm Art 3 nicht wirklich gelebt wird und daher die Ablehnung der Emanzipation der Frauen durch Muslime als "weit verbreitetes kulturell geprägtes Unverständnis" abgetan werden kann.

### Mitgliederversammlung CDU Brüssel 2009

Am 16. Juni laden wir Sie alle ein zur Mitgliederversammlung. Die Einladungen gehen Ihnen in Kürze zu.